

Kontingentsflüchtlinge

Probleme über Probleme

Flüchtlinge, die über ein Kontingent in die Schweiz kommen, brauchen mehr Betreuung und sind noch schwieriger zu integrieren als andere Flüchtlinge. Asylinsider bezweifeln, dass es Sinn macht, mit der Ansiedlung von Kontingentsflüchtlingen das Image der Schweiz aufzupolieren.

Es ist hinlänglich bekannt: Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge haben meist grosse Mühe, sich in der Schweiz zurecht zu finden. Sie bleiben oft unter sich, lernen die Sprache schlecht und schaffen nur selten den Weg in die Berufswelt. Die Sozialhilfequote unter anerkannten Flüchtlingen und Vorläufig Aufgenommenen ist darum enorm hoch – bei einigen Herkunftsnationen wie Eritrea beträgt sie über 80 Prozent oder mehr.

Noch schwieriger als die Integration «normaler» Flüchtlinge ist allerdings diejenige sogenannter Resettlementflüchtlinge. Es handelt sich um Personen, die im Rahmen eines festgelegten Kontingents direkt aus Flüchtlingslagern etwa im Nahen Osten in die Schweiz geholt werden. Diese Personen haben beim Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ein Verfahren erfolgreich durchlaufen und gelten in der Regel als besonders verletzlich.

Vulnerablen Flüchtlingen helfen

Die Schweiz hat in den letzten Jahren regelmässig mehrere hundert bis einige tausend Resettlement-Flüchtlinge aufgenommen. Die Ziele der Aufnahme waren einerseits, besonders vulnerablen Flüchtlingen zu helfen, andererseits aber auch, Erwartungen der internationalen Staatengemeinschaft zu erfüllen. Die Schweiz kann ihr Image aufpolieren, wenn sie sich zur Übernahme grosszügiger Flüchtlingskontingente verpflichtet.

Am 9. Juni debattierte der Ständerat darüber, wie gross das Kontingent an Resettlementflüchtlingen sein soll, das die Schweiz in den Jahren 2022 und 2023 aufnimmt. Der Bundesrat hatte ein Kontingent von insgesamt 1600 Personen vorgeschlagen. Die vorberatende Sicherheitskommission des Ständerats wollte dieses Kontingent aber deutlich erhöhen und brachte den Antrag ein, allein im Jahr 2023 2800 Resettlementflüchtlinge aufzunehmen.

Kontingentsflüchtlinge

Brief an die Ständeräte

Im Vorfeld der Debatte bekamen alle Ständeräte einen Brief, der von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren unterzeichnet war. Darin empfahlen die beiden Konferenzen, die Flüchtlings-Kontingente nicht zu erhöhen und den Vorschlag der Kommission abzulehnen.

- [Resettlement-Flüchtlinge SODK-Brief.pdf](#)

Denn die bisher gemachten Erfahrungen bestätigten, «dass bei erwachsenen Resettlementflüchtlingen gerade wegen ihrer grossen Vulnerabilität ein erhöhter Bedarf an Begleitung und vor allem Betreuung in der Schweiz besteht», stand im Brief. Die Integrationsperspektiven dieser Resettlementflüchtlinge seien oft weniger gut als jene anderen Flüchtlinge. «Aus der bisherigen Erfahrung der Kantone wiegt der vom Bund geleistete Betrag der Globalpauschale während sieben Jahren die Vollkosten der Kantone (und Gemeinden) bei weitem nicht auf.»

Kontingenterhöhung abgelehnt

Der Ständerat lehnte in der Folge die Erhöhung des Kontingents tatsächlich ab – ganz knapp, mit 22 gegen 21 Stimmen (Lesen Sie [hier](#) die Debatte nach). Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.

Doch was ist der Grund, warum Resettlement-Flüchtlingen so viel Betreuung brauchen und so schwierig zu integrieren sind? Und macht die Aufnahme solcher Flüchtlinge in der Schweiz unter diesen Umständen überhaupt Sinn? Der «Nebelspalter» hat sich in Asylkreisen umgehört.

Personen, die als Resettlement-Flüchtlinge in Frage kommen, müssen zum Beispiel Gewalt und Folter erlebt haben, alt oder krank sein, als Frau oder Mädchen gefährdet sein oder als Kind besonders verletzlich sein.

Voraussetzung, dass eine Person als Resettlementflüchtling in die Schweiz kommen kann, ist, dass sie vom UNHCR bereits als Flüchtling anerkannt ist. Zudem muss eine «erhöhte Vulnerabilität» vorhanden sein: Die Person muss zum Beispiel Gewalt und Folter erlebt haben, alt oder krank sein, als Frau oder Mädchen gefährdet sein oder als Kind besonders verletzlich sein. Gemäss dem «Umsetzungskonzept Resettlement» des Bundes von 2019 wird zudem erwartet, dass die Person bereit ist, sich in der Schweiz zu integrieren.

Kontingentsflüchtlinge

Ausgeschlossen von der Aufnahme werden Personen, die in der Schweiz die Sicherheit gefährden könnten oder sich an militärischen Aktionen oder Verbrechen beteiligt haben.

Häufig arm und krank

Wegen dieser Aufnahmekriterien würden sich Resettlementflüchtlinge deutlich von anderen Flüchtlingen unterscheiden, stellen Kenner des Asylwesens fest. Denn wer über die gängigen Fluchtrouten in die Schweiz komme, sei in der Regel jung, kräftig und ausreichend vermögend, um die Flucht zu bezahlen. Resettlementflüchtlinge dagegen seien häufig arm und krank. Das bedeute unter anderem, dass hohe medizinische Kosten anfallen.

Zudem seien Resettlementflüchtlinge im Schnitt deutlich schlechter gebildet als «normale» Flüchtlinge. Ihre Integration in die Arbeitswelt sei darum noch schwieriger als bei übrigen Asylsuchenden, die oft eine gewisse berufliche Erfahrung mitbrächten. «Resettlementflüchtlinge sind schlicht nicht vermittelbar», sagt ein Asylinsider. «Die Wirtschaft braucht diese Leute nicht. Sie haben keine Chance.»

Ausgeprägtes Elitedenken

Die Behörden würden die Resettlementflüchtlinge über ihre schlechten Integrationschancen aber nicht aufklären. Darum sei deren Erwartungshaltung an das Leben in der Schweiz sehr hoch. Dadurch, dass sie ausgewählt worden sind, würden Kontingentsflüchtlinge sich als eine Art «Elite» betrachten, für die alles getan werden müsse. «Sie haben oft ein ausgeprägtes Elitedenken und weigern sich beispielsweise, sich an Arbeiten wie Zimmerreinigung zu beteiligen», so ein Kenner der Verhältnisse.

Es soll Fälle geben, wo seitens der Migranten Geld fließt, damit sie vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt und Teil eines Kontingents werden.

An dieser übersteigerten Erwartungshaltung seien insbesondere NGOs schuld, die die Resettlementflüchtlinge darin bestärken würden. «Sie erhalten von NGOs noch mehr Unterstützung als übrige Asylpersonen, was nicht zuletzt dazu führt, dass sie ihre vermeintlichen Rechte oft mit zusätzlichen Einsprachen und Rechtsmitteln durchsetzen wollen.»

Kontingentsflüchtlinge

Anti-Korruptionsmassnahmen implementiert

Von Asyl-Kennern wird auch vorgebracht, dass es bei der Auswahl der Resettlementflüchtlinge oft nicht nach fairen Regeln zu- und hergehe. Es soll Fälle geben, wo seitens der Migranten Geld fliesst, damit sie vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt und Teil eines Kontingents werden. Beim Bund weist man solche Vorwürfe zurück. «Das UNHCR hat verschiedene Anti-Korruptionsmassnahmen implementiert und geht jeglichen Hinweisen von Unregelmässigkeiten konsequent nach», schreibt das Staatssekretariat für Migration. Im Übrigen kommentiere man keine Aussagen, die nur «auf Hörensagen» beruhten.

«Es wäre zielführender, das Geld in den Betrieb von Flüchtlingslagern in Nachbarländern der Krisengebiete zu investieren. So käme es viel mehr schutzbedürftigen Personen zugute.»

Es bleibt ein Fakt, dass Resettlementflüchtlinge in der Regel grosse Schwierigkeiten haben, sich in der Schweiz zurechtzufinden. Solche Kontingente machten generell wenig Sinn, ist ein Asylinsider überzeugt. «Es ist schlicht Hybris, aus den Millionen von Flüchtlingen selektiv ein paar hundert oder tausend 'besonders schützenswerte Personen' herauszunehmen», sagt er. Es wäre zielführender, das Geld in den Betrieb von Flüchtlingslagern in Nachbarländern der Krisengebiete zu investieren. «So käme es viel mehr schutzbedürftigen Personen zugute.»

Das kommt einem Asyl-Bingo gleich. Wenige knacken den Jackpot und werden für den Rest des Lebens versorgt. Während der Rest irgendwo in einem Asylcamp weiter darbt. Und das soll humanitär sein?

Afrika hat eine sehr starke Bevölkerungszunahme. Da die Armut gross ist, wollen viele Millionen nach Europa für ein besseres Leben. Innerhalb der nächsten 20 Jahre wird sich Afrika von einer Milliarde auf zwei Milliarden verdoppeln.

Es gibt viele Organisationen, die verdienen Geld mit dieser Migration. Offenbar gibt es viele NGO's die möchten möglichst viele übers Mittelmeer nach Griechenland, Italien und Spanien bringen.

Seit Italien und Spanien Linksregierungen haben, sind die Grenzen offen.

Täglich kommen viele übers Mittelmeer. Brüssel möchte alle nach einem Verteilschlüssel in der EU verteilen. Es werden noch viele Millionen kommen. Die Regierungen von England, Ungarn und Polen wollen sich dem entgegenstemmen. Auch Kanzler Kurz wehrt sich.

Kontingentsflüchtlinge

Das ist wahrscheinlich der Hauptgrund, warum diese Regierungen täglich von den Linken EU- Medien inkl. Blick und NZZ angegriffen werden. Man will diese Regierungen weg haben, damit der Weg nach Europa frei ist. Unsere Gesellschaft wird mit dem riesigen Ansturm überfordert sein.

Vielleicht sollte man nur noch 1000 bis 2000 solche vulnerablen Resettlementflüchtlinge aufnehmen. Und sonst gar keine mehr. Falls die ausgewählten nicht durch Korruption einen Platz ergattern konnten, sind das immerhin echte Flüchtlinge.

Auch wenn die anderen, die immer als Migranten bezeichnet werden müssen, jünger, gesünder und stärker sind, kosten diese über 70 000 anerkannten viel mehr, als 2000 Ausgewählte.

Besonders wenn fast 80% davon nach 5 oder mehr Jahren, immer noch von Sozialhilfe abhängig sind.

Die über 90% starken jungen Männer brauchen wahrscheinlich nicht so schnell einen Spitalaufenthalt, aber dafür einige "schon länger hier lebende", wenn sie zur falschen Zeit am falschen Ort sind, siehe nur der letzte Fall in Würzburg.

Auch ein Gefängnisaufenthalt kostet viel Geld.

Was noch viel mehr kostet, sind die vielen Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit. Die sind unbezahlbar.

Auf SRF haben sie mal so eine Familie gezeigt. Obwohl sie sich zur Integration verpflichtet haben, hat der Vater gesagt er mag nicht arbeiten. Alle 4 Kinder minderbemittelt, 2 davon schwer. Allein diese Familie wird Millionen Steuergelder kosten. Einmal da herrscht Narrenfreiheit. Europa muss bei der UNO einschreiten und das Recht einfordern illegal Eingereiste in UNO Lager ihrer Sprachregion abzuschieben. Gemeinden müssen das Recht haben nicht integrierbare Migranten in eine kantonale Unterkunft zurückzugeben, der Kanton wieder rum an den Bund. Fertig mit der Zwangsfeinverteilung. Soll der Bund für sämtliche Kosten aufkommen müssen bis sie arbeiten, schlimmstenfalls lebenslang, auch sollten sie kein Anrecht auf AHV haben. Und endlich keine Steuergelder mehr für NGOs. Sollen sie selbst schauen, wo sie ihr Geld herbekommen.

Egal ob Bund oder Gemeinde, bezahlt wird schlussendlich vom gleichen. Beim Bund wären die Kosten höher, da sicher weniger Interesse oder Bemühungen bestehen auf eine Integration, da in einer Gemeinde die Situation doch etwas näher und anschaulicher ist für den Steuerzahler.

In einem Dorf ja, in den Städten haben sie Narrenfreiheit. Aber haben die Schweiz kein Recht auf Gewohnheit mehr?

Kontingentsflüchtlinge

Muss jedes Dorf ihre Muslime und Afrikaner haben? Kann ich nirgends mehr hingehen, ohne dass ich sie begegne? Keine Schule mehr, ohne dass unsere Kinder für die Integration missbraucht werden?

Sollen die super Akademiker des Bundes mal vormachen, wie Integration geht. Und wenn die Asylanten das Bundesbudget über Jahre und Jahrzehnte immer mehr belasten, bleibt weniger für Anderes und die Kosten könnten mal genau erfasst werden. Vor allem auch die Milliarden die via KK, Kinderheime, Gefängnisse, Frauenhäuser, etc. immer verschleiert werden.

Genau das ist das grosse Problem. **Die NGO's bekommen mehr Geld, je mehr Flüchtlinge kommen**, daher sind sie darauf aus, so viele Flüchtlinge wie möglich aufzunehmen! Da sollte mal ein Artikel darübergeschrieben werden. Ich bin auch dafür, dass keine Steuergelder mehr in diese Institutionen fliessen!

Resettlementflüchtlinge, welche Organisation soll da auf die Barrikaden gehen, weil so ein Ausdruck rassistisch betrachtet werden kann?

Ein neues Wort, um Flüchtlingsprobleme nicht an der Wurzel anzugehen!

Die internationale Asylinindustrie, die von der UNHCR diktiert wird und in der Schweiz parasitär funktioniert, kann nicht das Ziel sein. Tolle und neue Begriffe im Asylsumpf können die Korruption der illegalen Migration nicht schönreden.

Ich behaupte mal salopp, dass wollen ja die wenigsten der Asylsuchenden. Es wird ihnen Milch und Honig sowie noch Geld versprochen.

Was soll man da noch arbeiten?

Da habe ich sogar noch irgendwie Verständnis mit diesen betroffenen Menschen, würde ich an ihrer Stelle wohl auch so machen. Wir haben hier im Dorf auch eine "Grossfamilie" aus Syrien. Nette Leute eigentlich, die drei jüngeren gehen zur Schule und sprechen sehr gut Deutsch, die Jüngste geht mit meiner Kleinen in dieselbe Klasse und kommt auch manchmal zu uns spielen oder unsere zu ihnen. Großartige Kochkünste hat die Dame des Hauses auch, yummy! Nun, was mich aber schon stört,

die haben ein Auto, ein tolles Einfamilienhaus, freie Fahrt noch dazu mit ÖV.

Dann kommt min. 1x im Monat ein keiner Laster wo dann irgendwelche Hilfsgüter ausgeladen werden.

Das stimmt mich nachdenklich, die haben einen "Quantensprung" in ihrer Lebensqualität und materiellen Gewinn, der nicht mehr gesund ist, weder für die als Werkzeug für Integration noch für uns Schweizer (ausser der linke Mob) nachvollziehbar dass man dann soviel Luxus zusteckt. Wer als Schweizer eine IV Umschulung machen "darf", dem wird klipp und klar gemacht, dass die Umschulung keinen sozialen Aufstieg erlauben darf.... das ist mein pers. Problem, dass ich mit der Sache hab, das ist einfach eine Industrie der Linken.

Wie viele Kinder sind der Schweiz geboren? Von der Soz leben, und dann noch mehr Kinder in die Welt stellen. Wie viel Verachtung müssen wir noch hinnehmen?

Kontingentsflüchtlinge

Wer Kinder in die Soz stellt sollte entmündigt werden und nicht noch mit Einfamilienhaus, Auto und mehr Geld belohnt werden.

Ja klar ist das so. Nur, das sind eben "Kontingentsflüchtlinge" also Wirtschaftsflüchtlinge von mir aus auch... und da kann man nicht entmündigen, das kannst du ja mit denen mit CH-Pass machen, von denen hat es auch mehr als genug. Ich finde es stossend, dass diese Leute, auch wenn ich denen keinen Vorwurf machen kann! dies sind unsere NGO's und Linken, die das ja europaweit wollen, eben von unserer Wohlfahrt leben, wie es einer mit CH-Pass nie könnte! Die Kinder, von denen ich hier geschrieben habe, sind keine in der Schweiz geboren. Die Ursache bekämpfen ist das Thema, nicht den Leuten Vorwürfe machen, die halt noch hergeholt werden.

Die Schweiz sollte generell davon absehen, Menschen aus kulturfremden Regionen wie dem Nahen Osten und Afrika aufzunehmen. Diese Leute sind im Grundsatz nicht kompatibel mit unserer Kultur und unserer Leistungsgesellschaft. Sie belasten das Sozialsystem um einiges mehr, als dass sie darin einzahlen. Und weil viele traumatisiert sind und psychische Probleme haben, wird auch die öffentliche Sicherheit gefährdet.

Wie im Artikel schon angedeutet, wäre das Geld viel besser vor Ort investiert. Zudem müsste massiv mehr Mittel in den Schutz der europäischen Aussengrenzen investiert werden, um das Geschäft der Schlepper trocken zu legen.

Genau sehe ich auch so. Man vermischt hier 21. Jahrhundert mit Leuten, die aus einer Mittelalter Kultur kommen. Dass das nicht gut gehen kann, ist jedem vernünftigen Menschen eigentlich glasklar. Darum ist das nichts anderes als eine reine Steuergelderverschwendung.

Da es momentan praktisch nur Wirtschaftsflüchtlinge gibt, plädiere ich für einen kompletten Aufnahmestopp.

Migration von ausserhalb der EU EFTA: Mit Fähigkeitsszeugnis und Sprachtest via unsere ausländischen Botschaften.

Wirtschaftsflüchtlinge sollten in Flüchtlingslagern in Afrika und Nah Ost betreut werden, wo man sie schult, Sport treiben lässt und handwerkliche Berufe erlernen lässt. Ich bin überzeugt, dass die Zahlen der Flüchtlinge dann rasant abnehmen. Vor Afrikas Küsten müsste es einen 750 km Puffer geben, wo es internationalen Fangflotten verboten wäre, zu fischen. Afrikas Länder sollten Zölle erheben können, gegen EU subventionierte Landwirtschaftsprodukte, die die eigene afrikanische Landwirtschaft konkurrieren und so viele unnötige Arbeitsplätze kosten.

Vor einiger Zeit sprach ich einen Eritreer in der nahe gelegenen Flüchtlingsunterkunft beim Eisfeld in Dübendorf an: 23 Jahre, seit 3 Monaten dort, spricht und versteht kein einziges Wort Deutsch (nur sehr rudimentär englisch) konnte mir nicht sagen, ob er in Deutschland oder in der Schweiz ist, weiss nicht, dass hier schweizerdeutsch gesprochen wird.

Kontingentsflüchtlinge

Auf den Grund, weshalb er geflohen ist, kan nichts ausser einem entwaffnenden Lächeln. Er konnte nicht angeben, was er in Eritrea beruflich gelernt hatte noch was er hier lernen wolle oder wie er tätig sein soll. Kam offenbar gelotst durch einen anderen Eritreer als früherer Kollege aus dem gleichen Dorf hierher, diese befindet sich jedoch dummerweise in einer Unterkunft im Tessin, wo er zugeteilt wurde. Also dachte ich mir: da lernt nun einer Deutsch und sein Freund Italienisch, effektiv unterhalten sich diese aber via Handy permanent in tingrisch. Er sagt, er könne hier nichts lesen, nicht einmal Strassenhinweise, er habe in den 3 Nonaten noch nie mit einem Schweizer privat gesprochen (vermutlich aber mit einem Übersetzer anlässlich seiner Herreise und Zuteilung). Er tat mir leid. Das wäre so quasi ein Kontingentflüchtling. Ich glaube nicht, dass derartig herkommende junge Männer Zukunftsaussichten hier haben. Die Flüchtlingshilfsorganisationen müssten sich hier vehement und in den Herkunftsländern wirkungsvoll und energisch für deren Rückführung einsetzen, allenfalls mit einer Starthilfe. Nur so ist allen geholfen.